

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Ressort Arbeitsmarktaufsicht
Effingerstrasse 31
3003 Bern

20. Dezember 2011

**Bundesgesetz über die Anpassung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP begrüsst die Vorschläge des Bundesrates zur Anpassung der flankierenden Massnahmen und stimmt dem vorgeschlagenen Gesetz zu.

Die bilateralen Verträge inklusive Personenfreizügigkeit sind eine Erfolgsgeschichte. Sie sind ein Wachstumsmotor für die Schweiz und die Wirtschaft ist auf die Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Ebenso richtig ist aber auch, dass die verstärkte Zuwanderung zu Spannungen auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt geführt hat. Dies insbesondere dann, wenn der Eindruck entsteht, dass die Regeln nicht eingehalten und mit ungleich langen Spiessen gefochten wird. Es ist deshalb richtig und notwendig, die bestehenden Lücken bei den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit zu schliessen und deren Vollzug weiter zu optimieren.

Die vorgeschlagene Neuregelung betrifft drei Teilaspekte, welche von der EVP allesamt begrüsst werden:

- **Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit ausländischer Dienstleistungserbringer**
Für selbständige Dienstleistungserbringende gilt neu eine Dokumentationspflicht, damit diese bei einer Kontrolle vor Ort Dokumente zum Nachweis ihrer Selbstständigkeit erbringen können. Wird diese Pflicht missachtet, kann die Person nach einer Nachfrist angewiesen werden, ihren Arbeitsplatz zu verlassen. Ein Arbeitsunterbruch kann auch dann angeordnet werden, wenn eine Scheinselbstständigkeit festgestellt wird, aber der Arbeitgeber der scheinselbständigen Person nicht bekannt ist. Schliesslich sind Bussen geplant bei der Verletzung der Dokumentationspflicht.

Allerdings muss bei dringendem Verdacht auf Scheinselbstständigkeit der Arbeitsunterbruch auch sofort (d.h. ohne das Setzen einer Frist für die Nachreichung der fehlenden

Dokumente) verfügt werden können. Art. 1bis Abs. 3 des EntsG ist entsprechend umzuformulieren. Zweitens ist Art. 9 Abs. 2 lit. a unbedingt so zu formulieren bzw. anzuwenden, dass in erster Linie die Arbeitgeber gebüsst werden, welche ihre Beschäftigten als selbständig ausgeben und nicht die Scheinselbständigen selbst. Diese haben kein Interesse daran, schlechtere Arbeitsbedingungen zu erhalten, als es die Schweizer GAV vorsehen und dürfen nicht bestraft werden.

- **Verstösse gegen Normalarbeitsverträge mit zwingenden Mindestlöhnen**
Arbeitgebende, welche Arbeitnehmende in die Schweiz entsenden, müssen bereits heute die Mindestlöhne einhalten, welche in Normalarbeitsverträgen im Sinn von Artikel 360a des Obligationenrechts enthalten sind. Im Entsendegesetz wird neu eine Sanktionsmöglichkeit geschaffen, welche die Gleichbehandlung von in- und ausländischen Arbeitgebenden zum Ziel hat. Bislang konnten die kantonalen Behörden keine Sanktionen gegen Arbeitgebende aussprechen, welche Arbeitnehmende in der Schweiz beschäftigen und gegen Mindestlöhne in Normalarbeitsverträgen verstossen haben. Dieses Ansinnen betrifft zwar nicht die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit im engeren Sinn. Es ist aber aus Gründen der Fairness richtig und verbessert die Funktionsweise des Systems insgesamt.
- **Verstösse gegen erleichtert allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge**
Die in den Gesamtarbeitsverträgen vorgesehenen Sanktionsmöglichkeiten sollen neu ausdrücklich als erleichtert allgemeinverbindlich erklärt werden. Damit werden die paritätischen Kommissionen neu Konventionalstrafen aussprechen können und zwar gegenüber Betrieben mit Sitz in der Schweiz wie auch gegenüber ausländischen Betrieben, welche Arbeitnehmende in die Schweiz entsenden. Schliesslich soll die Erhebung von Kontroll- und Vollzugskostenbeiträgen auch bei erleichtert allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen vereinfacht und ermöglicht werden.

Soweit die vorgeschlagenen Massnahmen im Bundesgesetz über die Anpassung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Sie werden von der EVP unterstützt, reichen aus unserer Sicht jedoch nicht aus, um die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt infolge der Personenfreizügigkeit ausreichend zu entschärfen. Vordringlich sind insbesondere die folgenden Massnahmen:

- **Konsequente Umsetzung des Aufenthaltsrechtes**
Dieses wird offenbar zum Teil unterlaufen. Die Bevölkerung erwartet, dass nur einwandern darf, wer einen gültigen Arbeitsvertrag vorweisen oder seinen Lebensunterhalt anderweitig bestreiten kann. Gleiches muss für die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung gelten. Zur wirksamen Kontrolle der Aufenthaltsbedingungen müssen die Migrationsbehörden personell aufgestockt werden.
- **Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit**
Die Zusammenarbeit zwischen Migrationsbehörden, RAV, IV-Stellen, Sozialhilfe, Berufsberatung etc. muss verbessert und die interinstitutionelle Zusammenarbeit gestärkt werden. Wo nötig und sinnvoll ist ein ungehinderter Datenaustausch oder eine Meldepflicht einzuführen.

- **Konsequente Umsetzung der flankierenden Massnahmen**

Die EVP unterstützt die Analyse und die Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates: das sensible Thema der flankierenden Massnahmen wurde lange vernachlässigt. Bis vor kurzem bestanden erhebliche Steuerungsdefizite und es mangelte an Erkenntnis über die Wirksamkeit der flankierenden Massnahmen. Ebenso fehlten die Aufsichtsinstrumente, um zusammen mit den verschiedenen Akteuren Richtlinien und Methoden zur Feststellung von Lohndumping festzulegen und Kontrollen gezielt anzuwenden. Die EVP fordert, dass schnell aussagekräftige, vollständige, verlässliche und objektive Daten vorgelegt werden, die mehr Transparenz schaffen.

Einzelne Kantone haben es in Missachtung des Gesetzes unterlassen trotz wiederholter Feststellungen von Lohnunterbietungen Mindestlöhne festzulegen, was ebenfalls von der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates kritisiert worden ist. Dem geltenden Recht ist Nachdruck zu verschaffen. Im Zusammenhang mit dem starken Franken und der sich dadurch erhöhenden Preisdifferenz ist zudem zu prüfen, ob allenfalls die Bussen erhöht werden müssen.

- **Beibehaltung der 8-Tage-Regel**

Gemäss 8-Tage-Regel müssen sich ausländische Firmen mindestens 8 Tage vor einem Arbeitseinsatz voranmelden. Diese Voranmeldepflicht steht für die EVP nicht zur Disposition. Anders lassen sich die hiesigen Arbeitsbedingungen gegenüber den ausländischen Firmen nicht durchsetzen.

- **Solidarhaftung prüfen**

Vor allem im Bau werden Aufträge oft über mehrere Subunternehmen weitergegeben. Am Ende der Kette findet sich regelmässig keine klar identifizierbare Firma, bei welcher der Grundsatz, dass in der Schweiz Schweizer Löhne bezahlt werden müssen, durchgesetzt werden könnte. Die Phänomene der Subunternehmerketten und der Scheinselbständigkeit sind oft miteinander verbunden, u.a. um die echten Vertragsverhältnisse zu verschleiern. Der Bund muss deshalb die Einführung einer Auftraggeberhaftung prüfen.

- **Konsequente Investitionen in Bildung und Forschung**

Die Schweiz muss weiter in ihr Bildungssystem investieren und mehr Spezialisten und Spezialistinnen ausbilden. So kann die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften verringert werden, was unbedingt anzustreben ist. Auch gilt es zu bedenken, dass die Schweizer Diplome oft viel schwerer erworben werden und es unfair ist, wenn ausländische Abschlüsse ihnen den Rang ablaufen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier